

Grüne Reihe

17

Steuerrecht für Studium und Praxis

Grotherr · Herfort · Kaminski
Rundshagen · Endert · Gebhardt

Internationales Steuerrecht

4. Auflage

Grotherr, Herfort, Kaminski, Rundshagen, Endert, Gebhardt
Internationales Steuerrecht

Grüne Reihe

Band 17

Internationales Steuerrecht

Univ.-Prof. Dr. Siegfried Grotherr,
Prof. Dr. Claus Herfort,
Prof. Dr. habil. Bert Kaminski,
Helmut Rundshagen,
Dr. Volker Endert,
Dr. Ronald Gebhardt

4. Auflage
2022

Herausgeber:
Deutsche Steuer-Gewerkschaft

efv Erich Fleischer Verlag, Achim

Zitierweise:

Bearbeiter, in: Grotherr/Herfort/Kaminski/Rundshagen/Endert/Gebhardt: Internationales Steuerrecht, 4. Aufl., Achim 2022, S. . . .

Bearbeiter:

Teil I A, B 1-3:	S. 35 – 344	Grotherr
Teil I B 4:	S. 344 – 360	Rundshagen
Teil II A, B:	S. 361 – 597	Kaminski
Teil II C:	S. 598 – 630	Rundshagen
Teil II D:	S. 631 – 717	Herfort
Teil II E, F:	S. 718 – 734	Rundshagen
Teil II G:	S. 735 – 744	Herfort
Teil III:	S. 745 – 951	Endert
Teil IV:	S. 952 – 973	Gebhardt
Teil V:	S. 974 – 984	Gebhardt

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet abrufbar.

ISBN 978-3-8168-1174-9

© 2022 Erich Fleischer Verlag, Achim

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne schriftliche Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für die Vervielfältigung, Übersetzung, Mikroverfilmung und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Gesamtherstellung: PMGi Agentur für intelligente Medien GmbH, Hamm

Vorwort zur 4. Auflage

Die Internationalisierung der Geschäftsbeziehungen ist heute nahezu bei allen mittleren, aber auch bei vielen kleinen Unternehmen zu einer Überlebensfrage geworden. Dementsprechend kann sich kaum noch ein steuerlicher Berater der Bearbeitung grenzüberschreitender Sachverhalte entziehen. Dies ruft ein entsprechendes fachliches Informationsbedürfnis hervor, welches durch diesen Band 17 der „Grünen Reihe“ befriedigt werden soll. Dabei geht es nicht nur um die Lösung von steuerlichen Fragen, die sich bei Auslandsbeziehungen von Steuerinländern ergeben, sondern auch um die Bewältigung von steuerlichen Problemstellungen, die sich den Steuerausländern bei Inlandsbeziehungen in den Weg stellen. Ständige Steuerrechtsänderungen in der Vergangenheit haben das Internationale Steuerrecht stark verkompliziert, sodass sich für den steuerlichen Rechtsanwender immer wieder neue Herausforderungen stellen. Die diversen Änderungen in den Steuergesetzen, zahlreiche Gerichtsurteile der deutschen Finanzgerichte, aber auch die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs und diverse neue Verwaltungserlasse haben eine Neuauflage des Werkes dringend erforderlich gemacht. Die Grundgliederung der Vorauflagen wurde dabei jedoch beibehalten.

Das vorliegende Buch gliedert sich in fünf Hauptteile:

Teil I befasst sich mit dem (allgemeinen) Außensteuerrecht der Bundesrepublik Deutschland, d. h. mit den Regelungsnormen in den deutschen Einzelsteuergesetzen (EStG, KStG, GewStG, UmwStG), die bei grenzüberschreitenden Sachverhalten von besonderer Bedeutung sind. Dabei werden sowohl die Auslandsbeziehungen von Steuerinländern im Rahmen der unbeschränkten Steuerpflicht als auch die Inlandsbeziehungen von Steuerausländern bei der beschränkten Steuerpflicht behandelt. Die Steuerrechtsänderungen auf diesem Gebiet haben sich in der Vergangenheit als außerordentlich zahlreich erwiesen.

Teil II setzt sich mit dem Außensteuergesetz (AStG) auseinander, das als spezielles Außensteuerrecht der Bundesrepublik Deutschland angesehen werden kann. Im Einzelnen werden zunächst die Einkünftekorrekturen bei Leistungen zwischen international verbundenen Unternehmen untersucht. Hier hat es eine besondere Dynamik bei der Rechtsentwicklung gegeben, was den Umfang dieses Kapitels im Vergleich zur Voraufgabe erheblich hat anwachsen lassen. Anschließend werden der Wohnsitzwechsel einer natürlichen Person in einen niedrig besteuerten ausländischen Staat und die steuerlichen Auswirkungen der Beteiligung an einer ausländischen Zwischengesellschaft in einem Niedrigsteuerland behandelt. Auch wenn das durch die Anwendung des Außensteuergesetzes erzielte Steuer Mehraufkommen außerhalb von Verrechnungspreiskorrekturen als nicht übermäßig hoch zu bezeichnen ist, spielt die Beachtung der Regelungen des Außensteuergesetzes in der steuerlichen Gestaltungsberatung eine eminent wichtige Rolle, da andernfalls unweigerlich internationale Doppelbesteuerungen drohen, die im Nachhinein nicht mehr rückgängig zu machen sind.

Teil III befasst sich mit dem Recht der Doppelbesteuerungsabkommen. Die Regelungsmasse der Doppelbesteuerungsabkommen macht heute fast 50 % der deutschen steuergesetzlichen Normen aus. Die Abkommen folgen mit gewissen Abweichungen weitgehend dem OECD-Musterabkommen, sodass sich die Erläuterung des Abkommensrechts an diesem Grundmuster orientiert, wobei auf erwähnenswerte Abweichungen in der deutschen Abkommenspraxis hingewiesen wird. Obwohl ständig neue Länderabkommen hinzukommen, hat sich in letzter Zeit auch der umgekehrte Weg gezeigt: Doppelbesteuerungsabkommen werden gekündigt, was die Bedeutung der unilateralen Maßnahmen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung wieder verstärkt ins Rampenlicht rücken lässt.

Teil IV trägt der zunehmenden Bedeutung des Europarechts für das Internationale Steuerrecht Rechnung. Der Einfluss durch Richtlinien, Verordnungen oder insbesondere durch die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs beschränkt sich hierbei nicht nur auf das materielle Ertrag- und Umsatzsteuerrecht, sondern auch auf verfahrensrechtliche Vorschriften der Deklaration, Mitwirkung und Steuerzahlung. Nimmt ein steuerlicher Berater von der Veröffentlichung eines Vorlagebeschlusses eines Finanzgerichts an den Europäischen Gerichtshof in einer steuerrechtlichen Fachzeitschrift keine Kenntnis und lässt er einen gleich gelagerten Besteuerungsfall bestandskräftig werden, droht ihm ein erhebliches Haftungs potenzial. Dies ist Grund genug, der zunehmenden Bedeutung des Europarechts für die steuerliche Beratungspraxis einen gleichberechtigten Teilbereich in diesem Buch neben den anderen Teilbereichen des Internationalen Steuerrechts zu widmen.

Teil V widmet sich dem neuen Gesetz zur Abwehr von Steuervermeidung und unfairem Steuerwettbewerb (Steueroasen-Abwehrgesetz – StAbwG). Das Steueroasen-Abwehrgesetz, als neues Steuergesetz, dient der Umsetzung von politisch vereinbarten EU-Vorhaben zur Bekämpfung von nicht kooperativen Steuerhoheitsgebieten, die sich durch Intransparenz in Steuersachen, durch unfairen Steuerwettbewerb und durch Nichterfüllung des BEPS-Mindeststandards „profiliert“ haben und deshalb von der Europäischen Union auf eine sog. „schwarze Liste“ gesetzt worden sind. Innerstaatliches Ziel dieses Gesetzes ist es, Personen und Unternehmen davon abzuhalten, Geschäftsbeziehungen mit Rechtsträgern und Personen in den nicht kooperativen Steuerhoheitsgebieten fortzusetzen oder aufzunehmen. Auf Rechtsfolgen- seite sieht das Gesetz Beschränkungen beim Abzug von Betriebsausgaben bzw. Werbungskosten, eine Erweiterung der beschränkten Steuerpflicht für bestimmte Dienstleistungsentgelte, eine verschärfte Hinzurechnungsbesteuerung sowie eine Versagung der Anteilseignerentlastung bei Gewinnausschüttungen und Anteilsver- äußerungsgewinnen vor.

Das vorliegende Werk wendet sich an alle Personen, die sich über das Internationale Steuerrecht einfühlend oder weiterführend informieren wollen. Gedacht ist in erster Linie an diejenigen, die sich auf die Steuerberaterprüfung oder auf die Laufbahnprüfung des gehobenen Dienstes der Finanzverwaltung (Dipl.-Finanzwirt) vorbereiten. Darüber hinaus richtet sich das Buch an die Studierenden der Wirtschafts- und

Rechtswissenschaften an Universitäten, Fachhochschulen und Berufsakademien, die steuerliche Fächer in Diplom-, Bachelor- oder Masterstudiengängen gewählt haben. Schließlich soll auch dem praktisch tätigen Rechtsanwender durch Verweis auf die einschlägigen Entscheidungen der Finanzgerichte und Verwaltungsanweisungen ein Kurzkomentar zum Internationalen Steuerrecht an die Hand gegeben werden. Erfreulicherweise hat das Buch mittlerweile auch als Quellennachweis Eingang in die Rechtsprechung des I. Senats des Bundesfinanzhofs gefunden.

Die Ausführungen des vorliegenden Buches berücksichtigen den Stand der Steuergesetze, Gerichtsurteile und Verwaltungserlasse bis zum 01.01.2022.

Für konstruktive Kritik und Anregungen sind wir dankbar.

Hamburg, im Juni 2022

Die Autoren

Inhaltsübersicht

Seite

Teil I: Nationales Außensteuerrecht

A. Verhältnis des nationalen Außensteuerrechts zum Internationalen Steuerrecht	35
B. Regelungsnormen in den deutschen Einzelsteuergesetzen mit grenzüberschreitendem Bezug	37
1 Einkommensteuergesetz	37
1.1 Fallgruppen zur unbeschränkten Steuerpflicht	37
1.1.1 Unbeschränkte Steuerpflicht aufgrund eines Wohnsitzes oder des gewöhnlichen Aufenthalts im Inland (§ 1 Abs. 1 EStG)	37
1.1.1.1 Wohnsitz (§ 8 AO)	38
1.1.1.2 Gewöhnlicher Aufenthalt (§ 9 AO)	41
1.1.2 Erweiterte unbeschränkte Steuerpflicht für deutsche Staatsangehörige in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis bei Auslandsentsendung (§ 1 Abs. 2 EStG)	43
1.1.3 Fiktive unbeschränkte Steuerpflicht bei ausschließlichem oder fast ausschließlichem Bezug von inländischen Einkünften (§ 1 Abs. 3 EStG)	44
1.1.4 Berücksichtigung von personen- und familienbezogenen Entlastungen bei fiktiv unbeschränkt steuerpflichtigen EU-/EWR-ansässigen Angehörigen (§ 1 a EStG)	48
1.1.5 Zusammenfassender Überblick über die Fallgruppen der unbeschränkten und beschränkten Steuerpflicht	49
1.2 Sachlicher Umfang der unbeschränkten Steuerpflicht	51
1.2.1 Welteinkommensprinzip	51
1.2.2 Ausnahmen vom Welteinkommensprinzip	52
1.2.2.1 Verrechnungsverbot für bestimmte negative ausländische Einkünfte aus Drittstaaten mit inländischen Einkünften (§ 2 a Abs. 1 und 2 EStG)	52
1.2.2.1.1 Inhalt der Regelung	52
1.2.2.1.2 Verhältnis zu anderen Vorschriften	60
1.2.2.2 Verrechnungsverbot für Verluste aus der Beteiligung an einer ausländischen Personengesellschaft bei beschränkter Haftung nach § 15 a EStG	62
1.2.2.3 Einkünfte aus einem ausländischen Staat, mit dem die Bundesrepublik Deutschland ein Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung abgeschlossen hat	64
1.2.2.3.1 Zuordnung von Besteuerungsrechten und Steuerfreistellung	64

1.2.2.3.2	Auswirkungen DBA-steuerbefreiter Auslandseinkünfte auf die Ermittlung des anzuwendenden Einkommensteuersatzes (positiver und negativer Progressionsvorbehalt gem. § 32 b EStG)	64
1.2.2.3.3	Fortgeltung der Hinzurechnungsverpflichtung gem. § 2 a Abs. 3, 4 EStG a. F. bei vormalig abgezogenen DBA-Betriebsstättenverlusten (§ 52 Abs. 2 Sätze 3 und 4 – 6 EStG)	73
1.2.2.3.3.1	Abschaffung der Verrechenbarkeit von DBA-Betriebsstättenverlusten durch das StEntlG 1999/2000/2002	73
1.2.2.3.3.2	Fortgeltung der Hinzurechnungsverpflichtung bei späteren Gewinnen	73
1.2.2.3.3.3	Fortgeltung der Hinzurechnungsverpflichtung für vormalig nach dem Auslandsinvestitionsgesetz abgezogene DBA-Betriebsstättenverluste bei künftigen Gewinnen (§ 8 Abs. 5 Satz 2 AuslInvG a. F.)	77
1.2.2.3.3.4	Beispiel zur Hinzurechnung vormalig abgezogener Verlustbeträge	78
1.2.2.3.4	Abzugsbeschränkungen für Ausgaben im Zusammenhang mit ausländischen Einkünften	79
1.2.2.3.4.1	Abzugsverbot für Ausgaben in unmittelbarem wirtschaftlichen Zusammenhang mit steuerfreien Einnahmen (§ 3 c Abs. 1 EStG)	79
1.2.2.3.4.2	Teilabzugsverfahren für Einkommensminderungen in einem Betriebsvermögen, die mit den nach dem Teileinkünfteverfahren nach § 3 Nr. 40 EStG teilweise steuerfreien Einkommensminderungen in wirtschaftlichem Zusammenhang stehen (§ 3 c Abs. 2 EStG)	80
1.2.2.3.4.3	Typisiertes Ausgabenabzugsverbot bei einem Bezug von ausländischen Kapitalerträgen durch ein inländisches Körperschaftsteuersubjekt (§ 8 b Abs. 5 KStG)	80
1.2.2.4	Teilwertabschreibungen und Wertaufholungen bei Anteilen an einer ausländischen Kapitalgesellschaft (§ 6 Abs. 1 Nr. 2 EStG)	82
1.2.3	Entstrickung und Verstrickung bei der grenzüberschreitenden Überführung von Wirtschaftsgütern	85
1.2.3.1	Entstrickung bei der Überführung von Wirtschaftsgütern des Betriebsvermögens ins Ausland	85
1.2.3.1.1	Tatbestände für die Aufdeckung von stillen Reserven in den Wirtschaftsgütern (§ 4 Abs. 1 Satz 3 und 4 EStG)	85
1.2.3.1.2	Bildung eines Ausgleichspostens zur Vermeidung einer Sofortversteuerung des Entstrickungsgewinns (§ 4 g EStG)	89
1.2.3.2	Verstrickung bei der Überführung von Wirtschaftsgütern des Betriebsvermögens vom Ausland ins Inland (§ 4 Abs. 1 Satz 8 zweiter Halbsatz und Satz 9 EStG)	92
1.2.4	Beschränkung des Betriebsausgabenabzugs für Zinsaufwendungen (Zinsschranke; § 4 h EStG; § 8 a KStG)	93
1.2.4.1	Überblick über die Anwendungsvoraussetzungen und die Ausnahmetatbestände	93

1.2.4.2	Persönlicher und territorialer Anwendungsbereich der Zinsschranke	95
1.2.4.2.1	Person des fremdfinanzierten Betriebs	95
1.2.4.2.2	Person des Fremdkapitalgebers	95
1.2.4.2.3	Auswirkungen nur bei der inländischen Gewinnermittlung	96
1.2.4.3	Sachlicher Anwendungsbereich der Zinsschranke	96
1.2.4.3.1	Vorliegen von Zinsaufwendungen	96
1.2.4.3.1.1	Positivliste für das Vorliegen von Zinsaufwendungen im Sinne der Zinsschranke	96
1.2.4.3.1.2	Negativliste für die nicht von der Zinsschranke erfassten Zinszahlungen	97
1.2.4.3.2	Vorliegen eines Betriebs	98
1.2.4.3.2.1	Begriff des „Betriebs“	98
1.2.4.3.2.2	Besonderheiten bei Organschaften (§ 15 Satz 1 Nr. 3 KStG)	99
1.2.4.4	Alternative Ausnahmetatbestände von der Anwendung der Zinsschranke (§ 4 h Abs. 2 Satz 1 Buchst. a bis c EStG)	99
1.2.4.4.1	Der Schuldzinsenüberhang beträgt betriebs- und wirtschaftsjahrbezogen weniger als drei Mio. Euro (§ 4 h Abs. 2 Satz 1 Buchst. a EStG)	99
1.2.4.4.2	Der fremdfinanzierte Betrieb weist keine Konzernzugehörigkeit auf (§ 4 h Abs. 2 Satz 1 Buchst. b EStG)	100
1.2.4.4.2.1	Grundsätzliche Voraussetzungen für diesen Ausnahmetatbestand	100
1.2.4.4.2.2	Zu erfüllende Zusatzbedingungen bei einem fremdfinanzierten Körperschaftsteuersubjekt für diesen Ausnahmetatbestand (§ 8 a Abs. 2 KStG)	101
1.2.4.4.3	Der fremdfinanzierte konzernverbundene Betrieb weist keine geringere Eigenkapitalquote als der Konzern auf (§ 4 h Abs. 2 Satz 1 Buchst. c EStG; „Escape-Klausel“)	101
1.2.4.4.3.1	Grundsätzliche Voraussetzungen für diesen Ausnahmetatbestand	101
1.2.4.4.3.2	Zu erfüllende Zusatzbedingungen bei einem fremdfinanzierten Körperschaftsteuersubjekt für diesen Ausnahmetatbestand (§ 8 a Abs. 3 KStG)	102
1.2.4.4.3.3	Ermittlung der relevanten Eigenkapitalquoten für den Betrieb und den Konzern	103
1.2.4.5	Besteuerungsfolgen aus der Anwendung der Zinsabzugsbeschränkung	104
1.2.4.5.1	Entstehen von in dem betreffenden Wirtschaftsjahr nicht abziehbaren Zinsaufwendungen (Zinsvortrag)	104
1.2.4.5.2	Ermittlung des Betrags der nicht abziehbaren Zinsaufwendungen	105
1.2.4.5.3	EBITDA-Vortrag bei einem nicht ausgeschöpften Zinsabzugsvolumen	107
1.2.4.5.4	Fälle für den steuerunwirksamen Untergang eines Zinsvortrags	107

1.2.4.5.5	Auswirkungen der Zinsabzugsbeschränkung auf die Ermittlung des Gewerbeertrags	108
1.2.4.5.6	Sanktionen bei der fehlerhaften Ermittlung der Eigenkapitalquoten des Betriebs und des Konzerns	109
1.2.5	Spezielle Abzugsverbote mit Auslandsbezug	109
1.2.5.1	Verbot eines doppelten Sonderbetriebsausgabenabzugs bei Personengesellschaften mit ausländischen Gesellschaftern (§ 4 i EStG)	109
1.2.5.2	Abzugsverbot für Lizenzzahlungen an nahestehende Unternehmen bei Nutzung von steuerschädlichen IP-Boxen („Lizenzschanke“) (§ 4 j EStG)	110
1.2.5.2.1	Hintergrund und Zweck der Regelung	110
1.2.5.2.2	Überblick über die Gesetzessystematik des § 4 j EStG	112
1.2.5.2.3	Persönlicher Anwendungsbereich: Lizenznehmer und Lizenzgeber sind einander nahestehende Personen i. S. des § 1 Abs. 2 AStG (§ 4 j Abs. 1 Satz 1 EStG)	114
1.2.5.2.3.1	Begriff des Nahestehens	114
1.2.5.2.3.2	Betriebsstätten als Lizenznehmer oder Lizenzgeber (§ 4 j Abs. 1 Satz 3 EStG)	114
1.2.5.2.3.3	Erfassung von Umgehungsgestaltungen durch zwischengeschaltete nahestehende Unternehmen in hochbesteuernden Staaten (sog. Zwischenschaltungsfälle) (§ 4 j Abs. 1 Satze 2 EStG)	115
1.2.5.2.4	Sachlicher Anwendungsbereich	116
1.2.5.2.4.1	Lizenzeinnahmen unterliegen beim Lizenzgeber einer steuerlichen Präferenzregelung mit einer niedrigen Besteuerung (§ 4 j Abs. 1 Satz 1 EStG)	116
1.2.5.2.4.2	Ausnahme I: Präferenzregelung verlangt eine wesentliche Geschäftstätigkeit des Lizenzgebers bei der Entwicklung des Rechts („Präferenzregelungstest“) (§ 4 j Abs. 1 Satz 4 EStG)	117
1.2.5.2.4.3	Rückausnahme I: Keine eigene FuE-Tätigkeit sowie Erwerb oder Entwicklung im Rahmen einer Auftragsforschung („Eigenentwicklungsanteilstest“)	121
1.2.5.2.4.4	Rückausnahme II: Lizenzzahlungen für Markenrechte	121
1.2.5.2.4.5	Ausnahme II: Kein (Teil-)Abzugsverbot bei wirtschaftlicher Doppelerfassung der Lizenzeinnahmen durch die deutsche Hinzurechnungsbesteuerung (§ 4 j Abs. 1 Satz 5 EStG)	122
1.2.5.2.5	Vorliegen einer niedrigen Besteuerung der Lizenzeinnahmen beim ausländischen Lizenzgeber	122
1.2.5.2.6	Zeitlicher Anwendungsbereich (§ 52 Abs. 8a3 und Abs. 16a EStG)	125
1.2.5.2.7	Rechtsfolgen bei Vorliegen sämtlicher Anwendungsvoraussetzungen	126
1.2.5.2.7.1	Ermittlung des Betrags der nicht abziehbaren Lizenzzahlungen (§ 4 j Abs. 3 EStG)	126
1.2.5.2.7.2	Beweislast des inländischen Lizenznehmers	127

1.2.5.2.8	Wechselbeziehungen mit anderen Rechtsvorschriften	127
1.2.5.2.8.1	Abkommensrecht („treaty override“) (§ 4 j Abs. 1 Sätze 1 und 2 EStG)	127
1.2.5.2.8.2	Verdeckte Gewinnausschüttungen	128
1.2.5.2.8.3	Hinzurechnungsvorschriften bei der Gewerbesteuer	128
1.2.5.3	Abzugsverbot bei Aufwendungen für hybride Gestaltungen mit nahestehenden Personen (§ 4 k EStG)	128
1.2.5.3.1	Inhalt, Zweck und Regelungssystematik	128
1.2.5.3.2	Persönlicher, sachlicher und zeitlicher Anwendungsbereich der Regelung	131
1.2.5.3.3	Ausgabenabzugsverbot bei hybriden Finanzinstrumenten oder Übertragungen von Kapitalvermögen und D/NI-Ergebnis (§ 4 k Abs. 1 EStG)	133
1.2.5.3.4	Ausgabenabzugsverbot bei Aufwendungen von hybriden Rechtsträgern mit D/NI-Ergebnis (§ 4 k Abs. 2 EStG)	135
1.2.5.3.5	Ausgabenabzugsverbot bei umgekehrt hybriden Rechtsträgern mit Zuordnungs- oder Zurechnungskonflikten und einem D/NI-Ergebnis (§ 4 k Abs. 3 EStG)	140
1.2.5.3.6	Ausgabenabzugsverbot bei DD-Ergebnissen (§ 4 k Abs. 4 EStG)	141
1.2.5.3.7	Ausgabenabzugsverbot bei importierten Besteuerungsinkongruenzen (§ 4 Abs. 5 EStG)	145
1.2.6	Veräußerung von Anteilen an ausländischen Kapitalgesellschaften aus dem Privatvermögen (§§ 17 und 20 EStG)	148
1.2.7	Besonderheiten bei der steuerlichen Berücksichtigung ausländischer Einkünfte	151
1.2.7.1	Begriff der ausländischen Einkünfte	151
1.2.7.2	Abgrenzung der ausländischen Einkünfte von den inländischen Einkünften	156
1.2.7.3	Einkommensermittlungsgrundsätze für ausländische Einkünfte	158
1.2.7.4	Währungsumrechnungsmodalitäten für ausländische Einkünfte	162
1.2.8	Unilaterale Maßnahmen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung (Steuerermäßigungen bei ausländischen Einkünften – § 34 c EStG)	165
1.2.8.1	Anrechnung ausländischer Steuern	165
1.2.8.1.1	Anrechnungsvoraussetzungen	165
1.2.8.1.1.1	Unbeschränkte Steuerpflicht und Steuersubjektidentität	165
1.2.8.1.1.2	Anrechenbare ausländische Steuern	167
1.2.8.1.1.3	Festsetzung und Zahlung der ausländischen Steuern sowie Kürzung um einen entstandenen Ermäßigungsanspruch	168
1.2.8.1.2	Begrenzung des Anrechnungshöchstbetrags	169
1.2.8.1.2.1	Ermittlungsgrundsatz für den Anrechnungshöchstbetrag	169
1.2.8.1.2.1.1	Erwerbseinkünfte ohne Einkünfte aus Kapitalvermögen	169
1.2.8.1.2.1.2	Modifikationen bei der Anrechnung einer ausländischen Quellensteuer bei abgeltungsteuerpflichtigen Einkünften aus Kapitalvermögen	173

1.2.8.1.2.2	Berücksichtigung der in wirtschaftlichem Zusammenhang mit den im Ausland erzielten Einnahmen stehenden Ausgaben (§ 34 c Abs. 1 Satz 4 EStG)	175
1.2.8.1.2.3	Länderweise Begrenzung des Anrechnungshöchstbetrags (§ 68 a EStDV).....	177
1.2.8.1.2.4	Zeitliche Zuordnung von Steueranrechnungsbeträgen	178
1.2.8.1.2.5	Negative ausländische Einkünfte im Rahmen der Steueranrechnung	178
1.2.8.2	Abzug ausländischer Steuern bei der Ermittlung der Einkünfte auf Antrag (§ 34 c Abs. 2 EStG)	180
1.2.8.3	Abzug ausländischer Steuern bei der Ermittlung der Einkünfte von Amts wegen (§ 34 c Abs. 3 EStG).....	183
1.2.8.4	Erlass oder Pauschalierung der Steuern auf ausländische Einkünfte (§ 34 c Abs. 5 EStG)	184
1.2.8.4.1	Auslandstätigkeitserlass	185
1.2.8.4.2	Pauschalierungserlass	186
1.2.8.5	Verhältnis der unilateralen Maßnahmen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung zu den Regelungen der DBA	188
1.2.8.6	Anrechnung fiktiver Quellensteuern gem. einem DBA	189
1.2.8.7	Beachtung von unilateralen Freistellungsvorbehaltsklauseln bei den abkommensrechtlichen Steuerfreistellungen	191
1.2.8.7.1	Unilaterale Rückfallklausel bei DBA-steuerbefreiten Arbeitnehmereinkünften (§ 50 d Abs. 8 EStG)	191
1.2.8.7.2	Unilaterale Rückfallklausel bei doppelter Nichtbesteuerung von DBA-steuerbefreiten Einkünften (§ 50 d Abs. 9 EStG)	197
1.2.8.7.3	Ausschluss des abkommensrechtlichen Schachtelprivilegs bei der Einkünftezurechnung an eine nicht abkommensberechtigte Person (§ 50 d Abs. 11 EStG)	205
1.3	Beschränkte Steuerpflicht	207
1.3.1	Das Vorliegen inländischer Einkünfte als Anknüpfungskriterium für die beschränkte Steuerpflicht	207
1.3.2	Sachlicher Umfang der beschränkten Steuerpflicht	210
1.3.2.1	Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft.....	210
1.3.2.2	Einkünfte aus Gewerbebetrieb	211
1.3.2.2.1	Unterhalten einer inländischen Betriebsstätte oder Bestellung eines ständigen Vertreters im Inland	212
1.3.2.2.1.1	Betriebsstätte.....	213
1.3.2.2.1.2	Ständiger Vertreter.....	216
1.3.2.2.2	Einkünfte durch die Erbringung bestimmter Beförderungsleistungen	218
1.3.2.2.3	Einkünfte aus im Inland ausgeübten oder verwerteten künstlerischen, sportlichen, artistischen, unterhaltenden oder ähnlichen Darbietungen.....	219
1.3.2.2.4	Einkünfte aus der Veräußerung von Anteilen an einer inländischen Kapitalgesellschaft.....	220

1.3.2.2.5	Einkünfte aus der Vermietung und Verpachtung oder Veräußerung von inländischem Grundbesitz, inländischen Sachinbegriffen und Rechten	223
1.3.2.2.6	Einnahmen aus dem Transfer eines Berufssportlers ins Inland ...	225
1.3.2.3	Einkünfte aus selbständiger Arbeit	225
1.3.2.4	Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit	227
1.3.2.5	Einkünfte aus Kapitalvermögen	229
1.3.2.6	Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung	232
1.3.2.7	Sonstige Einkünfte	234
1.3.2.7.1	Sonstige Einkünfte aus wiederkehrenden Bezügen	234
1.3.2.7.2	Sonstige Einkünfte aus privaten Veräußerungsgeschäften i. S. des § 23 EStG	234
1.3.2.7.3	Sonstige Einkünfte i. S. des § 22 Nr. 4 EStG	235
1.3.2.7.4	Sonstige Einkünfte i. S. des § 22 Nr. 3 EStG	235
1.3.2.7.5	Sonstige Einkünfte i. S. des § 22 Nr. 5 EStG	236
1.3.2.8	Beschränkte Steuerpflicht der Einkünfte aus einem umgekehrt hybriden Rechtsträger in der Rechtsform einer inländischen Personengesellschaft (§ 49 Abs. 1 Nr. 11 EStG)	237
1.3.2.9	Isolierende Betrachtungsweise (§ 49 Abs. 2 EStG)	238
1.3.2.10	Besonderheiten bei der beschränkten Steuerpflicht	239
1.3.2.10.1	Veranlagung und Steuerabzug bei beschränkt Steuerpflichtigen ..	239
1.3.2.10.1.1	Ermittlung des zu versteuernden Einkommens bei der Veranlagung von beschränkt Steuerpflichtigen	240
1.3.2.10.1.2	Steuerabzug bei beschränkt Steuerpflichtigen	243
1.3.2.10.2	Begrenzte Anwendbarkeit des Teileinkünfteverfahrens auf beschränkt einkommensteuerpflichtige Anteilseigner	249
1.3.2.10.3	Steuerabzug von Vergütungen für im Inland erbrachte Bauleistungen ausländischer Unternehmer (§§ 48 – 48 d EStG)	250
1.3.2.10.4	Abzugsteuerentlastungsverfahren beim Vorliegen von DBA (§ 50 c EStG)	253
1.3.2.10.5	Befreiung der zwischen verbundenen EU-Gesellschaften gezahlten Gewinnausschüttungen von der deutschen Kapitalertragsteuer (§ 43 b EStG)	256
1.3.2.10.6	Unilaterale Kapitalertragsteuerermäßigung bei Ausschüttung von Kapitalerträgen an beschränkt steuerpflichtige Körperschaften (§ 44 a Abs. 9 EStG)	262
1.3.2.10.7	Befreiung der zwischen verbundenen EU-Gesellschaften gezahlten Zinsen und Lizenzgebühren vom deutschen Steuerabzug (§ 50 g EStG)	263
1.3.2.10.8	Voraussetzungen für die deutsche Abzugsteuerentlastung bei Zwischenschaltung einer ausländischen Körperschaft durch eine nicht entlastungsberechtigte Person (§ 50 d Abs. 3 EStG) ...	265
1.3.2.10.9	Anrechnung und Abzug ausländischer Steuern	271
1.3.2.10.10	Unilaterale Qualifikation von Sondervergütungen als abkommensrechtliche Unternehmensgewinne sowie deren Betriebsstättenzurechnung (§ 50 d Abs. 10 EStG)	272

1.3.2.10.11	Fiktion des Anlasszusammenhangs zwischen gezahlten Abfindungen und einer früheren Tätigkeit zur Sicherung des deutschen Besteuerungsanspruchs (§ 50 d Abs. 12 EStG)	276
1.3.2.10.12	Sicherung des deutschen Besteuerungsrechts in Abkommensfällen bei gewerblich geprägten und gewerblich infizierten Personengesellschaften (§ 50 i EStG)	277
1.3.2.10.13	Abhängigkeit der Entlastung von der deutschen Kapitalertragsteuer von bestimmten weitergehenden Voraussetzungen (§ 50 j EStG)	282
2	Körperschaftsteuergesetz	284
2.1	Unbeschränkte Steuerpflicht	284
2.1.1	Anknüpfungskriterien	284
2.1.1.1	Körperschaftsteuersubjektqualifikation ausländischer Rechtsgenossen	284
2.1.1.2	Geschäftsleitung (§ 10 AO)	287
2.1.1.3	Sitz (§ 11 AO)	289
2.1.1.4	Option von Personenhandelsgesellschaften für die Körperschaftsbesteuerung (§ 1 a KStG)	290
2.1.1.4.1	Persönlicher Anwendungsbereich	290
2.1.1.4.2	Auswirkungen einer Option zur Körperschaftsbesteuerung bei Outbound-Sachverhalten	293
2.1.1.4.3	Auswirkungen einer Option zur Körperschaftsbesteuerung bei Inbound-Sachverhalten	298
2.1.2	Sachlicher Umfang der unbeschränkten Steuerpflicht	302
2.1.3	Körperschaftsteuerliche Einkommensermittlung nach den Vorschriften des Einkommensteuergesetzes	302
2.1.4	Besondere Einkommensermittlungsvorschriften für Körperschaftsteuersubjekte mit Auslandsbeziehungen	303
2.1.4.1	Körperschaftsteuerliche Einkommensermittlung bei ausländischen Einkünften aus Beteiligungen (§ 8 b KStG)	303
2.1.4.1.1	Beteiligungsertragsbefreiung für ausländische Dividenden bei inländischen Körperschaftsteuersubjekten (§ 8 b Abs. 1 Satz 1 i. V. m. Abs. 4 KStG)	303
2.1.4.1.1.1	Überblick über die Freistellungsvoraussetzungen	303
2.1.4.1.1.2	Unabhängigkeit der Beteiligungsertragsbefreiung von einer bestimmten Mindestbesitzzeit	304
2.1.4.1.1.3	Unabhängigkeit der Beteiligungsertragsbefreiung von einer aktiven Tätigkeit der ausländischen Körperschaft	304
2.1.4.1.1.4	Unabhängigkeit der Beteiligungsertragsbefreiung von der Unmittelbarkeit des Anteilsverhältnisses	305
2.1.4.1.1.5	Gewährung der Beteiligungsertragsbefreiung bei unbeschränkter und beschränkter Körperschaftsteuerpflicht	306
2.1.4.1.1.6	Abhängigkeit der Beteiligungsertragsbefreiung von einer bestimmten Mindestbeteiligungsquote (§ 8 b Abs. 4 KStG)	306

2.1.4.1.1.7	Kapitalertragsteuerabzug und -ermäßigung bei Weiterausschüttung der steuerfreien Beteiligungserträge an die Anteilseigner ...	307
2.1.4.1.1.8	Ausschluss der Beteiligungsertragsbefreiung für Kapitalerträge bei deren Abzug auf Gesellschaftsebene – Korrespondenzprinzip (§ 8 b Abs. 1 Satz 2 KStG)	308
2.1.4.1.1.9	Ausschluss der Befreiung für Erträge aus der hybriden Übertragung eines Eigenfinanzierungsinstruments (§ 8 b Abs. 1 Satz 3 KStG)	309
2.1.4.1.1.10	Ausschluss des abkommensrechtlichen internationalen Schachtelprivilegs für Kapitalerträge bei deren Abzug auf Gesellschaftsebene (§ 8 b Abs. 1 Satz 4 KStG)	310
2.1.4.1.2	Veräußerungsgewinnbefreiung für realisierte Wertzuwächse bei Anteilen an ausländischen Körperschaften (§ 8 b Abs. 2 KStG) .	311
2.1.4.1.3	Abzugsverbot für Wertminderungen bei Anteilen an ausländischen Körperschaften sowie bei eigenkapitalersetzenden Gesellschafterdarlehen (§ 8 b Abs. 3 Sätze 3–8 KStG).....	314
2.1.4.2	Besonderheiten der körperschaftsteuerlichen Organschaft bei grenzüberschreitenden Geschäftsbeziehungen	316
2.1.4.2.1	Erfordernis der Geschäftsleitung im Inland bei der Organgesellschaft	316
2.1.4.2.2	Steuerneutrale Weiterleitung von steuerfreien ausländischen Einkünften im Organkreis	317
2.1.4.2.3	Ausschließliche Anwendung des § 8 b Abs. 1 bis 3 KStG und des § 3 Nr. 40 EStG bei der Einkommensermittlung des Organtägers (§ 15 Nr. 2 KStG)	318
2.1.4.2.4	Die Anwendbarkeit von Steuerermäßigungen und Tarifvorschriften im Rahmen eines Organschaftsverhältnisses bei Auslandsbeziehungen	319
2.1.4.2.5	Die Berücksichtigung negativer ausländischer Einkünfte gem. § 2 a Abs. 1 EStG in Organschaftsfällen	320
2.1.5	Entstrickungsbesteuerung bei Körperschaftsteuersubjekten (§ 12 Abs. 1 KStG)	321
2.1.6	Maßnahmen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung bei ausländischen Einkunftsteilen (§ 26 KStG)	323
2.1.6.1	Anrechnung einer ausländischen Steuer bei der Körperschaftsteuer (§ 26 Abs. 1 KStG)	323
2.1.6.1.1	Voraussetzungen	323
2.1.6.1.2	Anrechnungshöchstbetrag	325
2.1.6.2	Abzug ausländischer Steuern bei Ermittlung der Einkünfte auf Antrag oder von Amts wegen.....	326
2.2	Beschränkte Steuerpflicht (§ 2 Nr. 1 KStG).....	327
2.2.1	Subjektive Steuerpflicht ausländischer Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen.....	327
2.2.2	Sachlicher Umfang der beschränkten Steuerpflicht	328

Inhaltsübersicht

2.2.3	Beachtung der Vorschriften gem. § 8 b KStG bei der Einkommensermittlung einer inländischen Betriebsstätte der beschränkt steuerpflichtigen Körperschaft	330
2.2.4	Inländische Betriebsstätte eines ausländischen gewerblichen Unternehmens als Organträger	330
2.2.5	Kein besonderer Körperschaftsteuersatz bei beschränkter Steuerpflicht	331
2.2.6	Abgeltung der Körperschaftsteuer durch den Steuerabzug (§ 32 Abs. 1 Nr. 2 KStG)	331
2.2.7	Vermeidung der internationalen Doppelbesteuerung bei beschränkt Körperschaftsteuerpflichtigen	333
3	Gewerbsteuergesetz	334
3.1	Das Territorialitätsprinzip bei der Gewerbesteuer	334
3.2	Gewerbsteuerliche Modifikationen bei ausländischen Einkünften durch Fehlen eigenständiger Ermittlungsvorschriften im Gewerbsteuergesetz	335
3.2.1	Kürzungen bei der Ermittlung der Gewerbesteuer	335
3.2.1.1	Gewinnanteile einer ausländischen Personengesellschaft (§ 9 Nr. 2 GewStG)	335
3.2.1.2	Ausländische Betriebsstätteneinkünfte (§ 9 Nr. 3 GewStG)	337
3.2.1.3	Gewinnanteile einer ausländischen Kapitalgesellschaft (§ 9 Nr. 7 GewStG)	338
3.2.1.4	Unilaterale Senkung der Mindestbeteiligungsquote beim sog. internationalen gewerbsteuerlichen Schachtelprivileg gem. DBA (§ 9 Nr. 8 GewStG)	340
3.2.2	Hinzurechnungen bei der Ermittlung der Gewerbesteuer	341
3.2.2.1	Streubesitzdividenden von ausländischen Körperschaften, die nach dem Teileinkünfteverfahren oder nach der Beteiligungsbetragsbefreiung außer Ansatz bleiben (§ 8 Nr. 5 GewStG)	341
3.2.2.2	Anteile am Verlust einer ausländischen Personengesellschaft (§ 8 Nr. 8 GewStG)	342
3.2.2.3	Hinzurechnung der Gewinnminderungen durch ausschüttungsbedingte Teilwertabschreibungen von Anteilen an ausländischen Kapitalgesellschaften (§ 8 Nr. 10 GewStG)	342
3.2.2.4	Bei der Ermittlung der Einkünfte abgezogene ausländische Steuern gem. § 34 c EStG (§ 8 Nr. 12 GewStG)	343
4	Besteuerung von Umwandlungen mit Auslandsbezügen	344
4.1	Grenzüberschreitende Besteuerung von Einbringungen und Umwandlungen ..	344
4.2	Rechtliche Bezüge	345
4.2.1	Europa- und zivilrechtliche Anknüpfungspunkte	345
4.2.2	DBA	345

4.3	Die Einbringung oder Umwandlung mit Auslandsbezug.....	346
4.3.1	Fallgruppen.....	346
4.3.2	Einkommen- und Körperschaftsteuerrecht.....	347
4.3.3	Umwandlungssteuerrecht.....	347
4.3.4	Außensteuergesetz.....	347
4.3.5	Die Wirkung von DBA.....	348
4.4	Ausländer mit Beteiligung an Umstrukturierungen im Inland.....	348
4.4.1	Einbringung von Betrieben und Mitunternehmerschaften in inländische Kapitalgesellschaften sowie Formwechsel in solche.....	348
4.4.2	Einbringung von Betrieben und Mitunternehmerschaften in andere inländische Mitunternehmerschaft.....	349
4.4.3	Einbringung von Kapitalgesellschaftsanteilen in eine inländische Mitunternehmerschaft.....	351
4.4.4	Einbringung von Kapitalgesellschaftsanteilen in eine inländische Kapitalgesellschaft.....	351
4.4.5	Umwandlung einer Kapitalgesellschaft in eine inländische Personengesellschaft – Formwechsel.....	352
4.4.6	Verschmelzung von inländischen Kapitalgesellschaften.....	353
4.4.7	Spaltung von inländischen Kapitalgesellschaften.....	353
4.5	Inländer mit Beteiligung an Umstrukturierungen im Ausland.....	354
4.5.1	Einbringung von ausländischen Betrieben und Mitunternehmerschaften in Kapitalgesellschaften im Ausland.....	354
4.5.2	Einbringung von ausländischen Betrieben und Mitunternehmerschaften in andere Mitunternehmerschaften im Ausland.....	355
4.5.3	Einbringung von Anteilen an einer Auslandskapitalgesellschaft in eine ausländische Mitunternehmerschaft.....	356
4.5.4	Einbringung von Anteilen an einer Auslandskapitalgesellschaft in eine andere ausländische Kapitalgesellschaft.....	356
4.5.5	Umwandlung einer ausländischen Kapitalgesellschaft in eine ausländische Personengesellschaft – Formwechsel.....	357
4.5.6	Verschmelzung von ausländischen Kapitalgesellschaften.....	357
4.5.7	Spaltung von ausländischen Kapitalgesellschaften.....	358
4.6	Grenzüberschreitende Umwandlungen.....	358
4.6.1	Verschmelzung einer inländischen auf eine ausländische Kapitalgesellschaft.....	358
4.6.2	Übertragung einer inländischen Mitunternehmerschaft auf eine ausländische Mitunternehmerschaft.....	359
4.6.3	Grenzüberschreitende Verschmelzung ausländischer Kapitalgesellschaften.....	359
4.6.4	Verschmelzung ausländischer Mitunternehmerschaften.....	360

Teil II: Außensteuergesetz

A. Gesetzssystematische Einordnung	361
1 Hintergrund und Zielsetzung des Gesetzes	361
2 Verhältnis zum nationalen und sonstigen internationalen Steuerrecht	364
3 Verhältnis zum Unionsrecht	365
B. Berichtigung von Einkünften zwischen international verbundenen Unternehmen gem. § 1 und § 1 a AStG	366
1 Betriebswirtschaftliche Grundlagen der Leistungsverrechnung zwischen verbundenen Unternehmen	373
2 Einkunfts Korrektur bei Abweichung vom Fremdvergleichsgrundsatz gem. § 1 Abs. 1 AStG	378
3 Das Verhältnis von § 1 AStG zu konkurrierenden Vorschriften	383
3.1 Verhältnis zu den Vorschriften über Gewinnberichtigungen in den DBA	384
3.2 Verhältnis zur verdeckten Gewinnausschüttung	386
3.3 Verhältnis zur verdeckten Einlage	387
3.4 Verhältnis zur Entnahme	390
3.5 Verhältnis zur Hinzurechnungsbesteuerung	392
3.6 Verhältnis zum Unionsrecht	393
4 Der Begriff der nahestehenden Person gem. § 1 Abs. 2 AStG	402
4.1 Ausgangsüberlegungen	402
4.2 Fassung bei einschließlich VZ 2021	402
4.3 Neufassung des § 1 Abs. 2 durch das ATADUmsG	406
5 Vorgaben zur Bestimmung des Fremdvergleichspreises gem. § 1 Abs. 3 AStG	407
5.1 Vorgaben zur Methodenwahl	408
5.1.1 Funktions- und Risikoanalyse als Ausgangspunkt	408
5.1.2 Verrechnungspreismethoden	413
5.1.2.1 Standardmethoden	413
5.1.2.1.1 Preisvergleichsmethode (comparable uncontrolled price method)	413
5.1.2.1.2 Wiederverkaufspreismethode (resale price method)	417
5.1.2.1.3 Kostenaufschlagsmethode (cost plus method)	430
5.1.2.1.3.1 Ausgangspunkt der Methode	430
5.1.2.1.3.2 Kostenkomponente	432
5.1.2.1.3.3 Gewinnkomponente	440

5.1.2.1.3.4	Anwendungsbereich	446
5.1.2.1.4	Gleichzeitige Anwendung mehrerer Methoden und Modifikationen	447
5.1.2.2	Gewinnorientierte transaktionsbezogene Methoden	448
5.1.2.2.1	Gewinnaufteilungsmethode (profit split method).....	451
5.1.2.2.2	Nettomargenmethode (Transactional Net Margin Method – TNMM)	455
5.1.3	Gesetzliche Vorgaben zum Verhältnis der Methoden	460
5.1.4	Methodenwahl in der Praxis	461
5.2	Hypothetischer Fremdvergleich	464
5.3	Einengung von Preisbandbreiten (§ 1 Abs. 3 a AStG)	466
5.3.1	Begründung für das Entstehen von Bandbreiten	466
5.3.2	Vorgaben zur Einengung von Bandbreiten	469
5.3.3	Medianansatz bei außerhalb der Bandbreite liegenden Verrechnungspreisen des Steuerpflichtigen.....	471
5.4	Funktionsverlagerungen (Abs. 3 b)	473
5.5	Immaterielle Wirtschaftsgüter (Abs. 3 c)	474
5.6	Anpassungsklauseln (§ 1 a AStG)	477
5.7	Zeitlicher Anwendungsbereich	479
6	Begriff der Geschäftsbeziehung (Abs. 4)	479
7	Gewinnabgrenzung zwischen Stammhaus und Betriebsstätte (Abs. 5).....	484
7.1	Ausgangspunkte	486
7.1.1	Neuaufrichtung der Einkunftsabgrenzung	486
7.1.2	Vorgehensweise	489
7.1.2.1	Überblick	489
7.1.2.2	Funktions- und Risikoanalyse	489
7.1.2.3	Zuordnung des Vermögens	491
7.1.2.4	Dotation	492
7.1.2.5	Steuerliche Anerkennung von „Dealings“	492
7.1.2.6	Dokumentation	494
7.2	Umsetzung in der „Betriebsstättengewinnaufteilungsverordnung“	495
7.3	Hilfs- und Nebenrechnung	497
7.4	Zuordnungsregelungen für Personalfunktionen, materielle und immaterielle Wirtschaftsgüter, Beteiligungen, Finanzanlagen und ähnlichen Vermögenswerten sowie sonstige Vermögenswerten	500
7.5	Zuordnung von Chancen und Risiken	502
7.6	Bestimmung des Dotationskapitals, der übrigen Passivposten und der Finanzierungsaufwendungen	503

Inhaltsübersicht

7.7	Steuerentstrickung kraft Gesetzes	507
7.8	Anerkennung und Zuordnung von Aufwendungen und Erträgen	508
7.9	Auswirkungen auf Funktionsverlagerungen zwischen Stammhaus und Betriebsstätte	510
7.10	Aufgabe der Zentralfunktion des Stammhauses	511
7.11	Reichweite der Schrankenwirkungen des Abkommensrechts in Betriebsstättenfällen	512
7.12	Auswirkungen im Verhältnis zu Nicht-OECD-Staaten	512
7.13	Praktische Umsetzung	513
7.14	Branchenspezifische Besonderheiten	515
7.14.1	Überblick	515
7.14.2	Bau- und Montagebetriebsstätten	515
7.15	Anwendung auf ständige Vertreter	518
8	Rechtsverordnungsermächtigung (Abs. 6)	519
9	Ausgewählte Einzelfragen	521
9.1	Vorteilsausgleich	521
9.1.1	Bisherige Regelungen	521
9.1.1.1	Grundsätzliche Regelungen	521
9.1.1.2	Voraussetzungen des Vorteilsausgleichs	522
9.1.1.3	Abgrenzung zur sog. Palettenbetrachtung	524
9.1.2	Aussagen in den VG-VP 2021	525
9.2	Ausgesuchte Einzelprobleme der Einkunftsabgrenzung	526
9.2.1	Warenlieferungen und Dienstleistungen	526
9.2.1.1	Verwaltungsgrundsätze 1983	526
9.2.1.2	Verwaltungsgrundsätze-Verrechnungspreise 2021	530
9.2.2	Gewerbliche Dienstleistungen	530
9.2.2.1	Verwaltungsgrundsätze 1983	530
9.2.2.2	Verwaltungsgrundsätze-Verrechnungspreise 2021	531
9.2.3	Kosten der Markterschließung	536
9.2.3.1	Verwaltungsgrundsätze 1983	536
9.2.3.2	Verwaltungsgrundsätze-Verrechnungspreise 2021	537
9.2.4	Zinsen und ähnliche Vergütungen (inkl. Cash Pooling)	539
9.2.4.1	Verwaltungsgrundsätze 1983	539
9.2.4.2	Verwaltungsgrundsätze-Verrechnungspreise 2021	544
9.2.5	Nutzungsüberlassung von Patenten, Know-how oder anderen immateriellen Wirtschaftsgütern; Auftragsforschung	546
9.2.5.1	Verwaltungsgrundsätze 1983	546
9.2.5.2	Verwaltungsgrundsätze-Verrechnungspreise 2021	548
9.2.6	Verwaltungsbezogene Leistungen im Konzern	550

9.2.6.1	Verwaltungsgrundsätze 1983	550
9.2.6.2	Verwaltungsgrundsätze-Verrechnungspreise 2021	551
9.2.7	Ausgleichszahlungen	551
9.3	Einkunftsabgrenzung durch Umlageverträge	552
9.3.1	Umlagenverwaltungsgrundsätze 1999 und 2018.....	552
9.3.1.1	Umlage als Alternative zur Einzelverrechnung	552
9.3.1.2	Bedeutung und Inhalt des Umlagevertrages	554
9.3.1.2.1	Vertragsparteien	555
9.3.1.2.2	Art der zu erbringenden Dienstleistung(en)	555
9.3.1.2.3	Vergütungsregelungen und Aufteilungsschlüssel	556
9.3.1.2.4	Abrechnungsmodalitäten	558
9.3.1.2.5	Anrechnung von erbrachten Leistungen	559
9.3.1.2.6	Eintritts- und Austrittsregelungen	559
9.3.1.2.7	Informations- und Prüfungsrechte	560
9.3.1.3	Dokumentationsanforderungen	561
9.3.2	Verwaltungsgrundsätze-Verrechnungspreise 2021	561
9.4	Verrechnung von Entgelten im Fall der Personalentsendung	563
9.4.1	Anwendungsbereich	563
9.4.2	Grundsätze für die Einkunftsabgrenzung	564
9.4.3	Verfahrensrechtliche Regelungen	565
9.5	Sonderproblem: Dauerverluste bei inländischen Vertriebsgesellschaften und anderen funktionsschwachen Gesellschaften	565
9.6	Funktionsverlagerungen	567
9.6.1	Hintergrund und gesetzliche Regelung	567
9.6.2	Ausgestaltungsformen von Funktionsverlagerungen.....	569
9.6.3	Bestimmung der Ausgleichszahlungen	571
9.7	Absicherung von Verrechnungspreisen mit Hilfe eines APA	574
9.7.1	Überblick	574
9.7.2	Antragstellung	576
9.7.3	Inhalt des Antrags	578
9.7.4	Laufzeit	579
9.7.5	Verfahrenstechnische Umsetzung	580
9.7.6	Bindungswirkung	580
9.7.7	Vorteilhaftigkeit	581
10	Dokumentations- und Nachweispflichten im Rahmen der internationalen Einkunftsabgrenzung	582
10.1	Regelungshintergrund	582
10.2	Dokumentationspflichten nach § 90 Abs. 3 AO	584
10.3	Sanktionen bei Nichtbeachtung der Regelungen gem. § 162 Abs. 3 und 4 AO	592
10.4	Erweiterte der Dokumentationspflichten seit dem 01.01.2017	594

C. Wohnsitzwechsel insbesondere in niedrig besteuerte Gebiete	598
1 Überblick zur erweiterten beschränkten Steuerpflicht gem. den §§ 2–5 AStG	598
1.1 Allgemeines	598
1.2 Die erweiterte beschränkte Einkommensteuerpflicht (§ 2 AStG)	600
1.3 Die erweiterte beschränkte Erbschaft- und Schenkungsteuerpflicht (§ 4 AStG)	601
2 Erweiterte beschränkte Einkommensteuerpflicht	601
2.1 Tatbestand des § 2 AStG	601
2.1.1 Persönlicher Anwendungsbereich	602
2.1.2 Niedrigsteuergbiet	604
2.1.3 Wesentliche wirtschaftliche Interessen im Inland	609
2.2 Rechtsfolgen nach § 2 AStG	612
2.2.1 Besteuerung aller nicht ausländischen Einkünfte	613
2.2.2 Einkunftsermittlung nach dem Nettoprinzip	615
2.2.3 Berücksichtigung von Verlusten	616
2.2.4 Freigrenze, besondere Freibeträge, Sonderausgaben	616
2.2.5 Tarif, Progression, Höchstbesteuerung	617
2.2.6 Veranlagungsform	618
2.2.7 Ende der erweiterten beschränkten Steuerpflicht	618
2.3 Zurechnung von Einkünften nach § 5 AStG	619
3 Erweiterte beschränkte Erbschaftsteuerpflicht	620
3.1 Tatbestand des § 4 AStG	620
3.2 Rechtsfolgen nach § 4 AStG	621
3.3 Zurechnung von Vermögen nach § 5 AStG	621
4 Besteuerung stiller Reserven bei Wegzug	621
4.1 Überblick über § 6 AStG	621
4.2 Tatbestand des § 6 Abs. 1 AStG	623
4.2.1 Persönlicher Anwendungsbereich	623
4.2.2 Anteile an Kapitalgesellschaften	624
4.2.3 Wegzug und Ersatztatbestände nach § 6 Abs. 1 Satz 2 AStG	625
4.3 Rechtsfolgen nach § 6 AStG	626
4.3.1 Besteuerung des Vermögenszuwachses, Teileinkünfteverfahren .	627
4.3.2 Besteuerung des Verkaufs der Beteiligung nach Wegzug	627
4.3.3 Vermeidung von Doppelbesteuerung	628
4.3.4 Die Stundung nach § 6 Abs. 4 AStG	629

4.3.5	Keine Sonderregelung in EU-/EWR-Staaten	629
4.3.6	Stundung nach § 6 Abs. 4 AStG	629
4.3.7	Anteile aus steuerneutralen Übertragungen	630
D.	Steuerliche Behandlung der Beteiligung an ausländischen Zwischengesellschaften	631
1	Überblick und Verhältnis zu anderen Vorschriften	631
1.1	Grundlegung und Rechtsentwicklung	631
1.2	Verhältnis zu den Missbrauchsvorschriften der Abgabenordnung	638
1.3	Verhältnis zum internationalen Recht, insbesondere zum Europarecht	641
2	Hinzurechnungsbesteuerung gem. §§ 7 – 13 AStG	643
2.1	Tatbestandsvoraussetzungen	643
2.1.1	Beherrschung einer ausländischen Zwischengesellschaft gem. § 7 AStG	643
2.1.1.1	Hintergrund der Neuregelung	643
2.1.1.2	Besondere Steuerpflicht bei inländischer Beherrschung (Abs. 1)	645
2.1.1.3	Beherrschung der ausländischen Gesellschaft (Abs. 2)	647
2.1.1.4	Begriff der nahestehende Person (Abs. 3)	651
2.1.1.5	Nahestehen durch abgestimmtes Verhalten (Abs. 4)	651
2.1.2	Verhältnis zum Auslandsinvestmentgesetz (Abs. 5)	653
2.1.3	Begriff der Zwischengesellschaft	653
2.1.3.1	Grundkonzeption	653
2.1.3.2	Ausländische Gesellschaft	654
2.1.3.3	Einkünfte aus passivem Erwerb	655
2.1.3.3.1	Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft (Nr. 1)	658
2.1.3.3.2	Industrielle Tätigkeit (Nr. 2)	658
2.1.3.3.3	Einkünfte aus dem Betrieb von Versicherungsunternehmen, Kreditinstituten und Finanzdienstleistungsinstituten (Nr. 3)	659
2.1.3.3.4	Handel (Nr. 4)	664
2.1.3.3.5	Dienstleistungen (Nr. 5)	667
2.1.3.3.6	Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung (Nr. 6)	671
2.1.3.3.7	Bezüge i. S. des § 8 b KStG (Nr. 7) – Gewinnausschüttungen von Kapitalgesellschaften	673
2.1.3.3.8	Veräußerung von Anteilen (Nr. 8)	676
2.1.3.3.9	Umwandlungen (Nr. 9)	676
2.1.3.3.10	Nicht explizit aus dem ATAD-Katalog übernommen; passive Tätigkeiten	679
2.1.3.4	Gegenbeweismöglichkeit für EU-/EWR-Gesellschaften	680
2.1.3.4.1	Hintergrund der gesetzlichen Regelung	680
2.1.3.4.2	Gesetzliche Regelung des Gegenbeweises nach dem JStG 2008	682

Inhaltsübersicht

2.1.3.4.3	Motivtest nach dem ATADUmG	683
2.1.3.5	Niedrige Besteuerung (Abs. 5)	689
2.1.3.6	Freigrenze bei gemischten Einkünften	692
2.2	Ermittlung des Hinzurechnungsbetrages	694
2.2.1	Überblick	694
2.2.2	Ermittlung der dem Hinzurechnungsbetrag zugrunde liegenden Einkünfte	697
2.2.2.1	Grundsätzliche Regelung	697
2.2.2.2	Anwendung deutschen Rechts	698
2.2.2.3	Gewinnermittlung bei Zwischengesellschaften	699
2.2.2.4	Besonderheiten der Gewinnermittlung bei gemischten Einkünften	701
2.2.3	Berücksichtigung von Verlusten	702
2.2.4	Besonderheiten bei der Berücksichtigung von Betriebsausgaben	703
2.2.5	Steuerliche Behandlung des Hinzurechnungsbetrages	704
2.2.6	Gewerbsteuer	705
2.3	Behandlung nachträglicher Ausschüttungen sowie Veräußerungsgewinne (§ 11 AStG)	707
2.3.1	Überblick	707
2.3.2	Berücksichtigung des Kürzungsbetrages	709
2.3.3	Ermittlung und Feststellung des Kürzungsbetrages	709
2.3.4	Gewerbsteuer	711
2.4	Steueranrechnung	711
2.4.1	Überblick	711
2.4.2	Anrechenbare Steuern	712
2.5	Beteiligungen an Kapitalgesellschaften	713
2.5.1	Überblick	713
2.5.2	Reduzierte Beteiligungsgrenze	713
2.5.3	Begriff der Einkünfte mit Kapitalanlagecharakter	715
2.5.4	Erweiterter Gegenbeweis nach § 8 Abs. 2 AStG	716
E.	Familienstiftungen § 15 AStG	718
1	Überblick über die Regelung	718
2	Tatbestand	719
2.1	Stiftung nach ausländischer Rechtsordnung	719
2.2	Sitz und Geschäftsleitung im Ausland	720
2.3	Unbeschränkte Steuerpflicht von Stiftern bzw. Begünstigten	721
3	Rechtsfolgen	722
3.1	Zurechnung von Einkünften	722

3.2	Zurechnung von Vermögen	723
3.3	Auswirkung auf die Erbschaftsteuer	723
3.4	Zurechnung anderer Stiftungen	724
3.5	Vermeidung doppelter Besteuerung	724
3.6	Verhältnis zu Doppelbesteuerungsabkommen	724
4	Ersatztatbestand § 15 Abs. 3 und 4 AStG	725
5	Verhältnis von § 15 AStG zu § 2 EStG	726
F.	Ermittlung der Einkünfte und Besteuerungsverfahren gem. §§ 16 bis 18 AStG.	726
1	Erweiterte Mitwirkungspflichten nach § 16 AStG	726
1.1	Überblick	727
1.2	Verhältnis zu den Mitwirkungspflichten nach der AO	727
1.3	Offenlegung von Geschäftsbeziehungen	728
1.4	Rechtsfolgen bei unzureichender Mitwirkung	729
2	Die Mitwirkungspflichten nach § 17 AStG	730
2.1	Verhältnis zu den Mitwirkungspflichten nach AO	730
2.2	Voraussetzung	730
2.3	Umfang der Mitwirkungspflichten	730
2.4	Rechtsfolgen bei unzureichender Mitwirkung	731
3	Die Feststellung von Besteuerungsgrundlagen gem. § 18 AStG	732
3.1	Überblick	732
3.2	Ermittlung der Bemessungsgrundlagen	733
3.3	Durchführung der Besteuerung des inländischen Steuerpflichtigen	734
3.4	Besteuerungsverfahren für ausländische Familienstiftungen i. S. von § 15 AStG	734
G.	§ 20 AStG: Konkurrenzverhältnis zwischen AStG und DBA	735
1	Überblick und Verhältnis zu anderen Rechtsnormen	735
1.1	Allgemeine Vorbehaltsklausel (§ 20 Abs. 1 AStG)	736
2	Umschaltklausel für bestimmte Betriebsstätteinkünfte	738

2.1	Grundlegung.....	738
2.2	Regelungsgehalt im Einzelnen	739
2.3	Gegenbeweis	742

Teil III: Doppelbesteuerungsabkommen

A.	Einleitung	745
B.	Einordnung der DBA-Regelungen in das System des Außensteuerrechts	746
C.	Grundsätzliches zur Doppelbesteuerung	748
1	Begriff und Formen der Doppelbesteuerung	748
2	Ursachen für das Vorliegen von Doppelbesteuerungen	750
3	Verfahren zur Vermeidung bzw. Milderung der Doppelbesteuerung	751
D.	Rechtliche Grundlagen der DBA	755
1	Definition eines DBA.....	755
2	Zustandekommen eines DBA	756
3	Stellung der DBA im deutschen Steuerrecht.....	758
3.1	Vorbemerkung	758
3.2	Begriffliche Unterschiede zwischen den Rechtskreisen	758
3.3	Qualifikationskonflikte und deren Auswirkungen	760
3.3.1	Vorbemerkung	760
3.3.2	Treaty Override	765
3.3.3	Treaty Shopping	766
4	Auslegung eines DBA	767
4.1	Vorbemerkung	767
4.2	Auslegungsrichtlinien, insbesondere Bedeutung des OECD-MA-Kommentars	769
4.2.1	Vorbemerkung	769
4.2.2	DBA zwischen OECD-Mitgliedstaaten.....	770
4.2.3	DBA mit bzw. zwischen Nicht-OECD-Mitgliedstaaten	771
E.	Aufbau, Geltungsbereich und Zuordnungsprinzipien der DBA.....	772
1	Aufbau eines DBA	772
2	Geltungsbereich	772

2.1	Persönlicher Geltungsbereich	772
2.1.1	Prinzip der Ansässigkeit als Grundnorm	772
2.1.2	Vorliegen einer Person im Abkommenssinne	775
2.1.2.1	Vorbemerkung	775
2.1.2.2	Natürliche Personen	776
2.1.2.3	Gesellschaften	776
2.1.2.4	Abkommensberechtigung der Betriebsstätte/des ständigen Vertreters	777
2.1.2.5	Gesellschaften	778
2.1.3	Bedeutung der Ansässigkeit für die Anwendung des DBA	778
2.1.3.1	Vorbemerkung	778
2.1.3.2	Bestimmung der Ansässigkeit bei natürlichen Personen	779
2.1.3.3	Bestimmung der Ansässigkeit von Gesellschaften	783
2.2	Sachlicher Geltungsbereich	786
2.3	Räumlicher Geltungsbereich gem. Art. 30 OECD-MA	788
3	Zuordnungsprinzipien hinsichtlich der Besteuerungsrechte	789
F.	Besteuerung einzelner Einkunftsarten	792
1	Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen gem. Art. 6 OECD-MA	793
1.1	Besteuerungsgegenstand	793
1.2	Zuordnung des Besteuerungsrechts	795
1.3	Besonderheiten und Gestaltungsmöglichkeiten	796
2	Unternehmensgewinne (Art. 5, 7 – 9 OECD-MA)	797
2.1	Vorbemerkung zur Gewinnabgrenzung lt. OECD-MA	797
2.2	Zuteilung des Besteuerungsrechts	798
2.3	Definition der Betriebsstätte	799
2.3.1	Vorbemerkung	799
2.3.2	Definition nach nationalem Recht	800
2.3.3	Definition nach Abkommensrecht	802
2.3.3.1	Grundlagen	802
2.3.3.2	Definition nach Abs. 1 und Regelbeispiel nach Abs. 2	803
2.3.3.3	Beispielhafte Aufzählung i. S. des Art. 5 Abs. 2 OECD-MA	808
2.3.3.3.1	Ort der Leitung	808
2.3.3.3.2	Zweigniederlassung	808
2.3.3.3.3	Geschäftsstellen, Fabrikationsstätten, Werkstätten, Bergwerke und Sonstiges	809
2.3.3.3.4	Bauausführungen und Montagetätigkeiten	809
2.3.3.3.5	Negativkatalog i. S. des Art. 5 Abs. 4 OECD-MA	812
2.3.3.3.5.1	Warenlager/Auslieferungslager	813

Inhaltsübersicht

2.3.2.3.5.2	Einkaufs- und Informationsbeschaffungstätigkeiten	814
2.3.3.3.5.3	Tätigkeiten vorbereitender Art oder Hilfstätigkeiten	815
2.3.3.3.5.4	Kumulierung von Ausnahmetatbeständen	817
2.3.3.3.5.5	Anti-Fragmentierungs-Regelung	818
2.3.4	Rechtsfolgenidentität bei ständigem Vertreter	822
2.3.5	Anti-Organ-Klausel des Art. 5 Abs. 7 OECD-MA	825
2.4	Unternehmensgewinne (Art. 7 OECD-MA)	826
2.4.1	Grundlagen der Vorschrift	826
2.4.2	Ermittlung des Betriebsstättengewinns	829
2.4.3	Grundlegende Buchführungsregelungen	830
2.4.4	Selbständigkeitsfiktion (1. Schritt)	833
2.4.5	Einkünfteermittlung (2. Schritt)	834
2.4.6	Funktionale Zuordnung	836
2.4.7	Einzel Sachverhalte bei der Zuordnung von Wirtschaftsgütern	843
2.4.7.1	Zuordnung von Wirtschaftsgütern	843
2.4.7.2	Nutzungsüberlassung	847
2.4.7.3	Kapitalausstattung	847
2.4.7.4	Überführung von Wirtschaftsgütern	849
2.4.7.5	Gründungskosten	850
2.4.7.6	Marketing- und Werbekosten	850
2.4.7.7	Forschungs- und Entwicklungskosten	851
2.4.7.8	Währungsumrechnung	851
2.4.7.9	Keine Attraktivkraft der Betriebsstätte gem. Art. 7 Abs. 1 OECD-MA	853
2.4.7.10	Betriebsstättenvorbehalt und gestalterische Maßnahmen	855
2.5	Personengesellschaften als abkommensrechtliche Sonderform der Betriebs- stätte	856
2.5.1	Qualifizierungskriterien	862
2.5.2	Besteuerung der Einkünfte eines Mitunternehmers und die Behandlung von „Sondervergütungen“	865
2.5.3	Gewinnermittlung der Personengesellschaft	866
2.6	Gegenberichtigung (Art. 7 Abs. 3 OECD-MA)	866
2.7	Subsidiaritätsklausel (Art. 7 Abs. 4 OECD-MA)	867
2.8	Gewinnabgrenzung bei verbundenen Unternehmen (Art. 9 OECD-MA)	868
2.8.1	Zweck der Vorschrift	868
2.8.2	Steuerliche Korrektornormen	869
3	Einkünfte aus Dividenden gem. Art. 10 OECD-MA	871
3.1	Definition von Einkünften aus Dividenden	871
3.2	Zinsen	875
4	Einkünfte aus Zinsen (Art. 11 OECD-MA)	875

4.1	Definition von Zinsen und Abgrenzung zu anderen Einkunftsarten.....	876
4.1.1	Abgrenzung zu Einkünften eines stillen Gesellschafters.....	877
4.1.2	Abgrenzung zu Einkünften aus einem partiarischen Darlehen ...	879
4.1.3	Weitere Abgrenzungen.....	880
4.2	Regelungsinhalt.....	881
4.2.1	Quelle der Zinsen.....	882
4.2.2	Besteuerungsverfahren.....	883
4.3	Ausgewählte Einzelprobleme.....	884
5	Einkünfte aus Lizenzen (Art. 12 OECD-MA).....	886
5.1	Grundsätzliches.....	886
5.2	Definition und Abgrenzung.....	889
5.2.1	Definition.....	889
5.2.2	Besondere Abgrenzungsprobleme.....	890
5.3	Besteuerungsfolgen.....	894
5.3.1	Zuteilung der Besteuerungsrechte.....	894
5.3.2	Attraktivkraft und Umqualifizierung.....	894
5.3.3	Unangemessenheit der Lizenzgebühren.....	895
6	Gewinn aus der Veräußerung von Vermögen (Art. 13 OECD-MA).....	896
6.1	Grundsatz und Definition.....	897
6.2	Unbewegliches Vermögen (Art. 13 Abs. 1 OECD-MA).....	899
6.3	Bewegliches Betriebsvermögen (Art. 13 Abs. 2 OECD-MA).....	900
6.4	Vermögen gem. Art. 13 Abs. 3 OECD-MA.....	902
6.5	Anteile an „Immobilien Gesellschaften“ (Art. 13 Abs. 4 OECD-MA).....	902
6.6	Sonstiges Vermögen (Art.13 Abs. 5 OECD-MA).....	904
7	Dienstleistungs- und Arbeitseinkünfte.....	906
7.1	Wohnsitzprinzip als Grundorientierung.....	906
7.2	Selbständige Arbeit (Art. 14 OECD-MA).....	906
7.2.1	Grundsätzliche Regelung.....	906
7.2.2	Bedeutung einer festen Geschäftseinrichtung.....	911
7.3	Unselbständige Arbeit (Art. 15 OECD-MA).....	914
7.3.1	Grundsätzliche Regelungen.....	914
7.3.2	Definition der Einkünfte gem. Art. 15 OECD-MA.....	914
7.3.3	Abgrenzung zu Art. 7 OECD-MA.....	915
7.3.4	Bestimmung des Tätigkeitsortes.....	916
7.3.5	Wohnsitzbesteuerung als Ausnahme der Tätigkeitsortbesteue- rung.....	917

Inhaltsübersicht

7.4	Einzelregelungen zu bestimmten Tätigkeiten/Einkünften	923
7.4.1	Aufsichtsrats- und Verwaltungsratsvergütungen (Art. 16 OECD-MA).....	923
7.4.2	Vergütungen für künstlerische oder sportliche Tätigkeiten (Art. 17 OECD-MA)	927
7.4.3	Ruhegehälter (Art. 18 OECD-MA).....	930
7.4.4	Einkünfte aus öffentlichen Kassen (Art. 19 OECD-MA)	932
8	Sonstige Einkünfte (Art. 21 OECD-MA).....	933
9	Vermögensbesteuerung (Art. 22 OECD-MA)	934
10	Für alle Einkunftsarten geltende Vorschriften	935
10.1	Vermeidung der Doppelbesteuerung (Art. 23 A/B OECD-MA)	935
10.1.1	Grundsätzliches Wahlrecht der Staaten	935
10.1.2	Freistellung	936
10.1.3	Steueranrechnung	938
10.2	Gleichheitsgrundsatz/Diskriminierungsverbote (Art. 24 OECD-MA).....	939
10.3	Verständigungsverfahren (Art. 25 OECD-MA)	942
10.4	Informationsaustausch (Art. 26 OECD-MA)	944
10.4.1	Grundsätzliches	944
10.4.2	Besonderheiten hinsichtlich der Rechts- und Amtshilfe	949
10.4.3	Simultane Betriebsprüfungen.....	950

Teil IV: Einfluss des Europarechts auf das Internationale Steuerrecht

1	Einleitung	952
2	Normative Quellen des Unionsrechts	952
2.1	Allgemeines	952
2.2	Primärrecht	953
2.2.1	Grundfreiheiten	953
2.2.2	Allgemeines	953
2.2.3	Niederlassungsfreiheit	954
2.2.4	Kapitalverkehrsfreiheit	955
2.2.5	Dienstleistungsfreiheit	955
2.2.6	Arbeitnehmerfreizügigkeit	956
2.2.7	Verhältnis der Grundfreiheiten zueinander	956
2.2.8	Rechtfertigungsgründe	957
2.2.9	Verhältnismäßigkeit	958
2.2.10	Beihilferecht	959

2.3	Sekundärrecht	960
2.3.1	Allgemeines	960
2.3.2	Mehrwertsteuersystem-Richtlinie	960
2.3.3	Mutter-Tochter-Richtlinie	961
2.3.4	Zins- und Lizenz-Richtlinie	962
2.3.5	Fusionsrichtlinie	962
2.3.6	Anti-BEPS-Richtlinie	963
2.3.7	Streitbeilegungsrichtlinie	964
2.3.8	Amtshilferichtlinie, insbesondere Anzeigepflichten („DAC 6“)..	964
2.3.9	Beitreibungsrichtlinie	965
2.4	Verhältnis von Primär- und Sekundärrecht	965
2.5	Tertiärrecht	966
3	Organe der EU	966
3.1	Allgemeines	966
3.2	Parlament	966
3.3	Europäischer Rat	967
3.4	Rat der EU	967
3.5	Kommission	968
3.6	EuGH	968
4	Rechtsprechungslinien des Europäischen Gerichtshofs	969
4.1	Allgemeines	969
4.2	Rechtsschutz beim EuGH.....	969
4.2.1	Vertragsverletzungsverfahren	969
4.2.2	Vorabentscheidungsersuchen	970
4.3	Missbrauch	970
4.4	Grenzüberschreitende Verlustberücksichtigung	971
4.5	Entstrickung/Wegzugsbesteuerung	971
4.6	Quellensteuern/beschränkte Steuerpflicht	972
4.7	Bedeutung von DBA	973

Teil V: Steueroasen-Abwehrgesetz

1	Einleitung	974
2	Anwendungsbereich	975

Inhaltsübersicht

2.1	Persönlicher Anwendungsbereich.....	975
2.2	Sachlicher Anwendungsbereich	975
3	Begriffsbestimmungen	976
3.1	Nicht kooperatives Steuerhoheitsgebiet.....	976
3.2	Ansässige Personen	976
4	Vorliegen eines nicht kooperativen Steuerhoheitsgebiets	976
4.1	Allgemeines	976
4.2	Voraussetzungen der Annahme von „schädlichem Steuerwettbewerb“	977
4.3	Rechtsverordnung	977
5	Materielle Abwehrmaßnahmen	978
5.1	Allgemeines	978
5.2	Geschäftsvorgänge	979
5.3	Betriebsausgaben-/Werbungskostenabzugsverbot	979
5.4	Verschärfte Hinzurechnungsbesteuerung	979
5.5	Erweiterte Quellensteuermaßnahmen	980
5.6	Maßnahmen bei Gewinnausschüttungen und Anteilsveräußerungen	981
5.7	Zusammenfassendes Beispiel zur Anwendungsreihenfolge	982
6	Gesteigerte Mitwirkungspflichten	983
7	Anwendung des Steueroasen-Abwehrgesetzes	983
Anhang 1: OECD-Musterabkommen		985
Anhang 2: Stand der DBA		1009
Anhang 3: Vergleich der Rechtsformen		1016
Abkürzungsverzeichnis		1027
Paragraphenschlüssel.....		1031
Stichwortverzeichnis		1037